Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik

Band: 95 (2004)

Heft: 24-25

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bauern wollen Förderung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen

(sbv) Der Schweizerische Bauernverband (SBV) arbeitet an einer umfassenden Strategie zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Das Massnahmenpaket enthält unter vielen anderen Punkten die Förderung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen und Biotreibstoffen.

Dazu würde eine höhere Einspeisevergütung für Strom aus nachwachsenden Rohstoffen sowie eine Steuerbefreiung biogener Treibstoffe beitragen. Um aktiv biogene Energieträger an den Markt zu bringen, seien Zielquoten, die mindestens der EU-Richtlinie zur Förderung von Biokraftstoffen entsprechen, für den Einsatz von inländischer Biomassenenergie festzulegen.

Durch die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen für die Energiegewinnung könne die Landwirtschaft neue Absatzmärkte erschliessen. Die Rahmenbedingungen für die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen seien jedoch heute unbefriedigend. Sie sei insbesondere gegenüber der Energie aus fossilen Energieträgern nicht wettbewerbsfähig. Die Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen würde zudem einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls leisten.

Dank hohen Subventionen produziert dieser Bauer in Deutschland rentabel neben Energie aus nachwachsenden Rohstoffen (Raps) auch Strom mit «Windspargeln».

Blutige Unruhen in China

(s) Mehr als 20 000 Bauern haben drei Tage lang gegen das Pubugou-Dammprojekt in der Provinz Sichuan (Südwestchina) protestiert. Sie demonstrierten gegen ihre Zwangsumsiedlung und aus ihrer Sicht unzureichende Entschädigungen. Tausende von Soldaten und Polizisten seien mobilisiert worden. Bei der Auseinandersetzung mit den Bauern wurden nach Augenzeugenberichten auf der Dammbaustelle drei Menschen getötet.

China plant Stromnetzverbund

(gs) Mit der Inbetriebnahme einer Reihe von Grossprojekten sollen ab Juni 2005 die Stromnetzwerke in China landesweit miteinander verbunden werden. Dabei sollen vor dem Hintergrund der Stromknappheit im Reich der Mitte bis 2006

Grossstädte wie Schanghai brauchen dringend mehr Strom.

neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 150000 MW gebaut werden. Dabei spiele der künftig landesweite Stromnetzverbund bei der Koordinierung der Stromversorgung eine Schlüsselrolle. In diesem Sommer war es in Chinas Metropolen zu mehreren Zwangsabschaltungen gekommen. Das Land hat aufgrund seines Wirtschaftswachstums einen enormen Strombedarf.

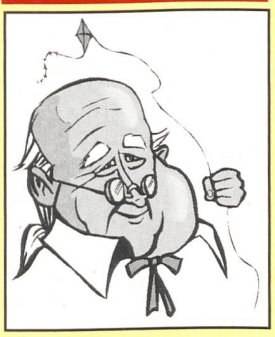
KKW Barsebäck 2 geht vom Netz

(taz) Der Atomausstieg in Schweden geht im Schneckentempo voran. Nach dem Scheitern von Konsensverhandlungen verkündete die Regierung, nun werde das KKW Barsebäck 2 bei Malmö per Gesetz stillgelegt. Im nächsten Sommer soll es vom Netz gehen. Bereits 1999 war der erste Reaktor in Barsebäck stillgelegt worden.

EU will für KKW-Abbau über 1 Mrd. Euro zahlen

(eu) Im Rahmen der finanziellen Vorausschau (2007 bis 2013) schlug die Europäische Kommission die Rechtsakte vor, die erforderlich sind, um die finanzielle Unterstützung der Union für die Stilllegung von vier Kernreaktoren in zwei neuen Mitgliedstaaten – Litauen und Slowakei – auch nach 2006 fortzusetzen. Der Rückbau kerntechnischer Anlagen

Der Blitzableiter



Nicht mit Markt allein

Vom Stromversorgungsgesetz (StromVG) wird nicht nur erwartet, dass es Regeln enthält, die einen Blackout verhindern, sondern auch, dass es einen offenen, funktionsfähigen Markt, die langfristige Versorgungssicherheit, den «Service public» und den Umweltschutz gewährleistet. ETH-Professor Daniel Spreng zeigte kürzlich in einem NZZ-Artikel an verschiedenen Beispielen, dass der Markt allein dies nicht schaffen könne. Hier z.B. ein rein technischer Aspekt: Der Strom kann nicht gespeichert und nur über ein Netz transportiert werden. Produktion und Verbrauch müssen also jederzeit übereinstimmen. Wenn ein Konsument heute ein elektrisches Gerät einschaltet, erhöht er damit die Produktion eines bestimmten (Regel-)Kraftwerks. In einem offenen Markt ohne unternehmensübergreifende Organisation wäre es unklar, welches Kraftwerk auf den Mehrverbrauch reagieren soll. Wenn die einzelnen Produzenten für die Regelung selbst verantwortlich wären, müssten sie den momentanen Verbrauch aller Kunden messen. Da die Konsumenten jedoch frei sein wollen, mit vielen Produzenten die Lieferung verhandeln zu können, müssten alle Produzenten den momentanen Verbrauch aller Kunden kennen – eine noch für längere Zeit technisch nicht zu bewältigende Aufgabe.

B. Frankl

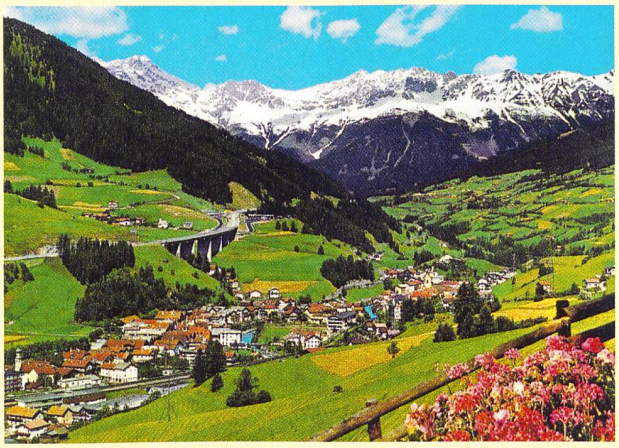
Ausbau der Stromverbindungen zwischen Italien und Österreich

(a) Nord- und Südtirol wollen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Strombereich enger zusammenarbeiten. Es sollen die derzeit von beiden Seiten bis an die Landesgrenzen heranführenden Stromleitungen zusammengeschlossen werden.

Ein besonderes Anliegen sei dabei die so genannte Brennerlinie, die noch bis vor rund 40 Jahren die Grenze überquert hat, dann aber am Brenner gekappt wurde. Die Masten stehen bereits, die Leitung existiert, nur der Zusammenschluss am Brenner fehlt noch.

Neben dem Zusammenschluss am Brenner sollen auch die Leitungen am Reschen und am Grenzübergang Winnebach in Zukunft grenzüberschreitend angelegt werden.

Falls eine Studie die Machbarkeit bestätigen sollte, möchte man zudem eine Hochleistungsstromleitung (400 kV) im Brennerbasistunnel verlegen. Errichtet werden könnte die Superleitung zwar erst nach Fertigstellung des Basistunnels (frühestens 2012 bis 2015). Eine solche Strom-Autobahn im mit 57 Kilometer längsten Tunnel der Welt würde nicht nur einen dreistelligen Euro-Millionenbetrag verschlingen, sondern wäre auch technologisches Neuland. Weltweit sei auf eine solche Länge noch nie eine gasisolierte Leitung errichtet worden.



Mattrei am Brenner (Brenner Pass): Die Masten stehen schon.

verursacht erhebliche Kosten (etwa 15% der Investitionskosten für einen Reaktor), die sich auf einen sehr langen Zeitraum verteilen.

Wie in den Beitrittsverträgen festgeschrieben wurde, hat sich Litauen verpflichtet, die Reaktoren im KKW Ignalina bis Ende 2009 abzuschalten. Im Gegenzug haben sich die EU-Staaten dazu verpflichtet, sich mit 815 Mio. Euro an den Kosten zu beteiligen. Die Slowakei muss bis Ende 2008 das KKW Bohunice stilllegen und soll einen Zuschuss von 237 Mio. Euro dafür erhalten.

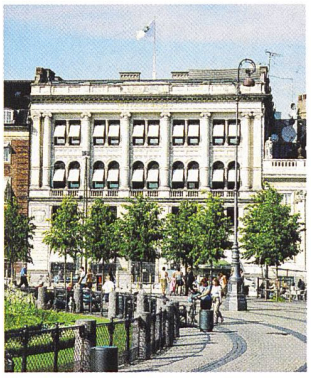
KKW Ignalina (2 x 1185 MW; Litauen) soll stillgelegt werden.

EU genehmigt Ausgleich für gestrandete Kosten

(eu) Die EU-Kommission hat entschieden, wegen der staatlichen Erstattung der so genannten gestrandeten Kosten der drei portugiesischen Stromanbieter EDP, Tejo Energia und Turbogás für drei ältere, im Februar 1997 vor der Liberalisierung der Strommärkte gebaute Kraftwerke zu erheben, die in einem vom Wettbewerb geprägten Umfeld nicht wirtschaftlich sind. Damit hat die Kommission Investitionen in unwirtschaftliche Kraftwerke als eine Kategorie gestrandeter Kosten anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass diese Investitionen nach der Liberalisierung zu realen Verlusten führen. Schon in der Vergangenheit waren gestrandete Kosten Gegenstand von Kommissionsentscheidungen gewesen.

Klimaänderungen in Europa

(veö) Die Europäische Umweltagentur (EUA) veröffentlichte einen Bericht über die Auswirkungen der globalen Klimaänderungen, wie sie in Europa bereits eingetreten sind bzw. Prognosen zufolge in den kommenden Jahrzehnten eintreten werden. Zu diesen Folgen zählen Stürme, Hochwasser, Dürre und andere extreme Wetterereignisse. Allgemein ist zu beobachten, dass in Nordeuropa das Wetter feuchter, in Südeuropa hingegen trockener wird, was für die Landwirtschaft in einigen Gebieten eine Gefahr darstellt. Die Konzentration von CO_2, dem wichtigsten Treibhausgas in der unteren Atmosphäre, hat ihren höchsten Stand seit mindestens 420 000 Jahren erreicht und liegt 34% über dem Niveau vor Beginn der industriellen Revolution. In Europa verläuft die Erwärmung schneller als im weltweiten Durchschnitt. In diesem Jahrhundert rechnet man sogar mit 2,0 – 6,3°C, weil der Ausstoss von Treibhausgasen weiter zunimmt. Wirtschaftliche Verluste werden mit rund 10 Milliarden Euro beziffert. Prof. Jacqueline McGlade, Direktorin der Europäischen Umweltagentur, tritt dafür ein, dass Europa weiter an der Spitze der weltweiten Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen steht.



Gebäude der EUA in Kopenhagen.

Deutsche Kraftwerksbauer drängen auf Kernenergie

(a) Der deutsche Kraftwerksverband VGB Powertech hat die deutsche Regierung zu einer Entscheidung zwischen zügiger Verminderung von Kohlendioxid-Emissionen oder zügigem Ausstieg aus der Kernkraft aufgefordert. «Wir werden den Kernenergie-Ausstieg und die CO_2-Ziele nicht gleichzeitig erreichen können», sagte der Vorstandsvorsitzende des Kraftwerksbetreiber- und -herstellerverbands, Gerd Jäger, in Düsseldorf. Wirtschaftsstaatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch betonte, die Regierung werde an beidem festhalten.

Süddeutsche wollen Kurswechsel in der Energiepolitik

Einen «grundlegenden Kurswechsel in der deutschen Energiepolitik» forderten die Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und Bayerns, Erwin Teufel und Edmund Stoiber im Anschluss an eine gemeinsame

Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (links) und Erwin Teufel fordern weitere Nutzung der Kernenergie.

Ministerratssitzung am 12. Oktober 2004 in Leutkirch. Beide Ministerpräsidenten forderten die Bundesregierung auf, umgehend eine Initiative zur Begrenzung des Energiepreisanstiegs auf den Weg zu bringen. Die ideologisch begründete Energiepolitik von Rot-Grün, die vor allem auf hohe Energiepreise setzt, müsse so schnell wie möglich korrigiert werden. «Es war die rot-grüne Energiepolitik, die zu einem massiven Anstieg der Energiepreise geführt und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in unserem Land vernichtet hat. Die Bundesregierung muss die viel zu hohe Steuerbelastung bei den Energiepreisen überprüfen und reduzieren», betonten die Ministerpräsidenten Teufel und Stoiber. Der staatliche Anteil an den Kosten für Benzin liegt inzwischen bei 70%, beim Strom bei 40% und bei Gas bei 30%.

Stoiber und Teufel riefen dazu auf, die Zukunft der Kernenergie in Deutschland ideologiefrei zu diskutieren. «Die von der Internationalen Länderkommission Kerntechnik (ILK) vorgelegte Stellungnahme zur Nachhaltigkeit von Technologien zur Stromerzeugung bietet hierfür eine objektive und wissenschaftlich fundierte Grundlage. Die Feststellung der hochrangigen internationalen Fachleute zeigt, dass wir die Stromgewinnung durch Kerntechnik nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen, wenn wir es ernst meinen mit der Sicherheit der Stromversorgung in Zukunft sowie der Erreichung von Klimaschutzzielen», erklärten die beiden Regierungschefs.

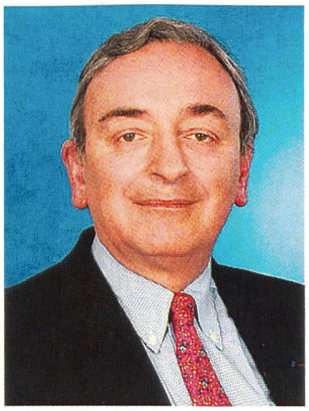
Bei gleichgewichtiger Berücksichtigung der drei Bewertungsfelder Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und gesellschaftliche Akzeptanz zeige sich, dass auch die Kernenergie ein hohes Nachhaltigkeitspotenzial hat. «Die Option auf eine weitere Nutzung der Kernenergie durch eine Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden sicheren Kernkraftwerke muss deshalb offen bleiben. Und der Bund muss endlich den Stillstand bei der Lösung der Entsorgungsfrage aufgeben und ein vernünftiges Konzept für die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorlegen», forderten die Ministerpräsidenten Teufel und Stoiber.

IEA kritisiert deutsche Energiepolitik

(a) Die Internationale Energie-Agentur (IEA) ist mit der rot-grünen Energiepolitik in Deutschland hart ins Gericht gegangen. So sei das Ziel vom deutschen Umweltminister Jürgen Trittin, bis zur Mitte des Jahrhunderts den Energiebedarf zur Hälfte durch erneuerbare Energien zu decken, nicht realistisch. In Deutschland fehlten die geograrfischen Voraussetzungen, um in ausreichender Menge zuverlässig Strom aus Wind, Sonne oder Wasserkraft zu erzeugen. Zum geplanten Atomausstieg meinte die IEA, in Deutschland fehle es an einer durchdachten Strategie, wie die Atommeiler ersetzt werden können.

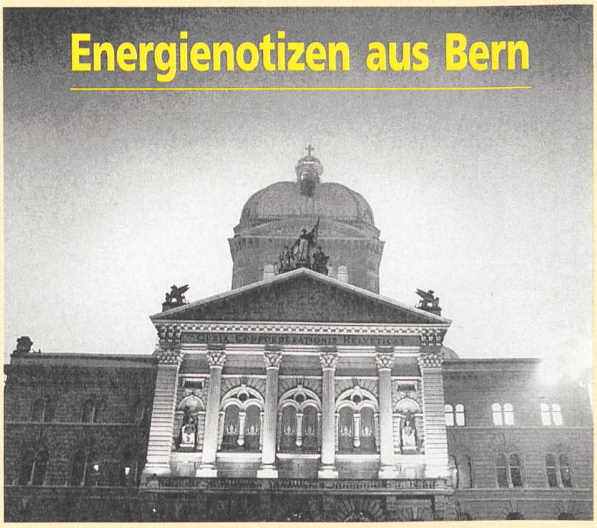
IEA mahnt zu nachhaltigem Pfad

(hea) «Um das weltweite Energiesystem auf einen nachhaltigen Pfad zu führen, bedarf es grösserer politischer Anstrengungen.» Das machte der Direktor der Internationalen Energie-Agentur IEA, Claude Mandil, am 26. Oktober 2004 bei der Vorstellung des «World Energy Outlook 2004» (WEO) in London deutlich. Wenig positiv sieht die IEA die Zukunft der Versorgungssicherheit. So werden die kurzfristigen Risiken für die Versorgungssicherheit weiter zunehmen. Die grossen energieimportierenden Länder werden zunehmend von Importen aus politisch instabilen Regionen abhängig. Mit dem immer mehr vernetzten Handel wird auch die Gefahr von Engpässen als Folge von Terror- und Piratenangriffen auf Förderstätten, Pipelines und Tankschiffe ansteigen (siehe Bericht auf der Seite «Neuerscheinungen»).



Claude Mandil, Direktor der Internationalen Energie-Agentur IEA, mahnt zu grösseren energiepolitischen Anstrengungen.

Energienotizen aus Bern



Restwassermengen anpassen

Der Nationalrat hat am 7. Oktober 2004 die Motion Speck «Gewässerschutzgesetz. Revision» angenommen. Diese fordert, dass im Interesse einer optimalen Wasserkraftproduktion die Restwassermengen tiefer angesetzt werden. Der Entscheid fiel mit 86 zu 75 Stimmen.

Bürgerliche sprechen sich für die Kernenergie aus

(ef) Nachdem sich die BKW/FMB für die Offenhaltung der Optionen Kernkraftwerk und Gaskombikraftwerk ausgesprochen haben, treten nun auch die FDP und SVP für die Kernenergie ein. Die Präsidenten der beiden Parteien, Rolf Schweiger und Ueli Maurer, haben sich positiv zur Kernenergie in der Schweiz geäussert. Beide Parteien wollen der Kernenergie in der Schweiz eine Zukunft ermöglichen, denn Kernenergie sei CO_2-neutral, und belastet den Verbrauch an fossilen Brennstoffen nicht zusätzlich. Um die Kapazität der beiden älteren Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg zu ersetzen, muss in den nächsten zwei bis drei Jahren ein Entscheid fallen, da für die Verfahren und den Bau rund 15 Jahre zu berechnen sind.

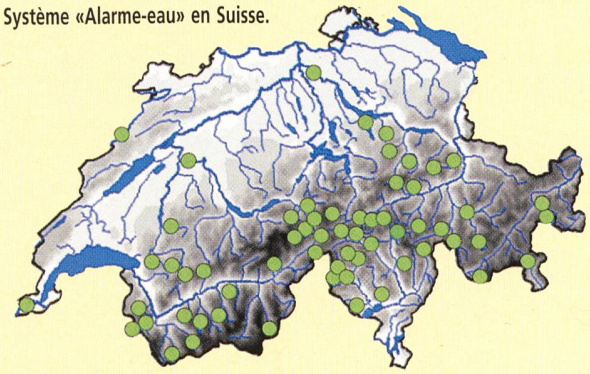
Directives relatives au plan d'urgence des ouvrages d'accumulation

(etec/ddps) Lors de journées d'information qui ont eu lieu les 20 et 21 octobre à Berne, l'Office fédéral des eaux et de la géologie ainsi que l'Office fédéral de la protection de la population ont présenté les directives relatives au plan d'urgence des ouvrages d'accumulation. Plus de 200 personnes – parmi lesquelles des représentants des états-majors de direction cantonaux et des exploitants d'ouvrages d'accumulation ainsi que des spécialistes de la sécurité des barrages – ont été informées des dispositifs d'alarme prévus.

Les grands barrages figurent en Suisse parmi les ouvrages les plus sûrs. Ils sont conçus de manière à pouvoir résister à toutes les sollicitations imaginables. Même un séisme de forte amplitude ne parviendrait pas à les ébranler. Par ailleurs, l'état de toute installation est contrôlé en permanence par des mesures et des contrôles visuels. En plus de ces contrôles réguliers, des contrôles de sécurité et des inspections supplémentaires sont effectués. Pour les grands ouvrages, ils ont lieu tous les cinq ans.

Les grands lacs de retenue suisses retiennent un volume d'eau variant entre quelques douzaines et plus de 100 millions de mètres cubes. Vu ces quantités, un certain risque subsiste malgré toutes les mesures de sécurité. Par exemple, un éboulement ou une avalanche dans une retenue pourrait provoquer une vague déferlant par-dessus le couronnement. Dans de tels cas ou des cas semblables, il faut qu'un dispositif soit en place pour avertir et alerter la population concernée. Les directives présentées à Berne prévoient quatre systèmes d'alerte et d'alarme différents. Ceux-ci dépendent de l'importance des volumes des bassins d'accumulation et du danger potentiel et requièrent chacun une organisation particulière et des moyens spécifiques. Les ouvrages d'accumulation d'une retenue supérieure à 2 millions de m^3 et présentant un danger potentiel élevé dans une zone rapprochée (= écoulement de l'eau en moins de deux heures) doivent être équipés de sirènes alarme-eau. Afin de réduire le temps de réaction, les sirènes sont déclenchées a proximité immédiate du barrage. En Suisse, 64 grands ouvrages d'accumulation sont actuellement équipés de ce système.

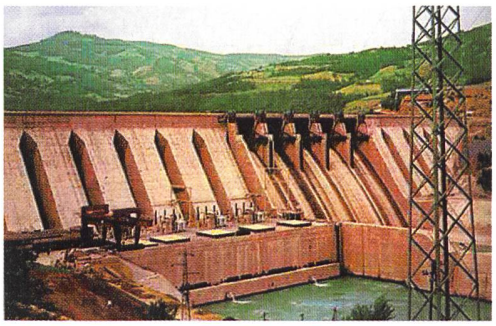
Système «Alarme-eau» en Suisse.



Südosteuropa bald wieder am europäischen Stromnetz

(uc) Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber (Union for the Coordination of Transmission of Electricity, UCTE) hat angekündigt, dass am 10. Oktober die Testphase für die Integration der südosteuropäischen Netzzone ins europäische Netz begann. Die Zone musste 1991 wegen des Krieges im damaligen Jugoslawien abgekoppelt werden.

Anschluss an Europa: Pumpspeicherwerk Bajina Basta (Serbien).



Die Resynchronisierung der Zonen werde sich nicht nur auf die in der bisherigen Südostzone zusammengefassten Länder – Albanien, Bulgarien, Mazedonien, Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro – positiv auswirken. Der physische Anschluss der regionalen Strommärkte an den EU-Binnenmarkt werde für die gesamte europäische Stromwirtschaft vorteilhaft sein, so die UCTE.

Integration der südeuropäischen Energiemärkte

(ee/vö) Die Europäische Kommission arbeitet mit einigen Mitgliedsstaaten (Österreich, Italien, Griechenland, Ungarn, Slowenien), Kandidatenländern (Bulgarien, Rumänien und Türkei) und Balkanstaaten (Albanien, Bosnien/Herzegowina, Kroatien, Serbien/Montenegro, Mazedonien, Vereinte Nationen für den Kosovo) an der Integration der Energiemärkte in Südosteuropa und deren Anbindung an die EU. Diese Initiative zielt darauf ab, eine kompatible Politik bezüglich der Entwicklung der Elektrizitäts- und Gasmärkte zu betreiben. Die Märkte werden auf den Grundsätzen beruhen, die in der Elektrizitätsrichtlinie, der Erdgasrichtlinie und anderen Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt der Europäischen Union festgelegt sind, einschliesslich von Umweltschutzvorschriften. Die Verhandlungspartner streben an, den Vertrag bis Ende 2004 fertig zu stellen. Als Fristen für die Öffnung der Elektrizitätsmärkte ist derzeit geplant: 2008 für Industriekunden und 2015 für alle Kunden.

EU-Maghreb-Elektrizitätsmarkt?

(ee/vö) EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio hat auf ihren jüngsten Besuchen in Mittelmeerländern wesentliche Schritte zur Schaffung eines «Euromediterranen Energiemarktes» unternommen. Bei einem Treffen der Energieminister von Ägypten, Syrien, Libanon und Jordanien im September startete die erste offizielle Kooperation der Maghreb-Länder mit der EU im Gasbereich. Am Ende ihres zweitägigen Oktoberbesuchs in Libyen wies de Palacio auf die besondere Rolle des Landes bei der Integration der Energienetze im südlichen Mittelmeerraum hin. Die MEDELEC (Vereinigung EURELECTRIC, UCTE, COMELEC, AUPTDE, UPDEA) hat dies zum Anlass genommen, eine Konferenz zum Thema Schaffung eines EU-Maghreb-Elektrizitätsmarktes zu veranstalten.

WTO-Regeln und Stromhandel

(ee/vö) Eine Eurelectric-Delegation reiste Anfang November nach Genf, um in Gesprächen mit UNO- und WTO-Vertretern die Relevanz von WTO-Regeln auf den internationalen Stromhandel zu untersuchen. Viele Fragen blieben offen, insbesondere ist es zum jetzigen Zeitpunkt unklar, wie die allgemeinen WTO-Prinzipien (Nichtdiskriminierung, Inländerbehandlung, Transitfreiheit) mit den Regeln für den Energiesektor kompatibel sind (Marktöffnung, Unbundling, Zugang Dritter, Regulierung).

Gegen Missbrauch beim Verbandsbeschwerderecht

Der Hauseigentümerverband Schweiz führte am 22. Oktober aus aktuellem Anlass eine Veranstaltung zum Verbandsbeschwerderecht durch, die auf grosses Interesse gestossen ist.

Professor Martin Lendi, em. Prof. der ETH Zürich, führte aus, dass auf dem schweizerischen Baurecht zahlreiche Unzulänglichkeiten lasten. Die 26 kantonalen Baugesetze, die überlagernde Bundesgesetzgebung, die Beeinflussung der kantonalen Baurechte durch den Bund unter Titel Umweltrecht sowie das Verbandsbeschwerderecht erschweren die Verwirklichung von Bauvorhaben. So sieht sich der Bauherr einer wenig investitionsfreundlichen Stimmung gegenüber. Auch alt Nationalrat Peter Baumberger betont, dass von der heutigen Lösung des Verbandsbeschwerderechts gerade auch Eigentümer und Mieter betroffen sind, weil die dadurch entstehenden oft langjährigen Verzögerungen von Projekten Kosten auslösen, welche in der Regel auf den Letztverbraucher überwälzt werden.

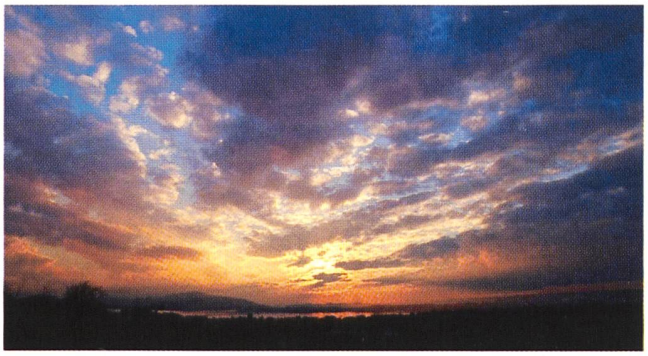
Nationalrat Rudolf Steiner, Präsident HEV Schweiz, erläuterte, dass der Hauseigentümerverband das Verbandsbeschwerderecht nicht abschaffen will, dass es aber künftig in enger gestecktem Rahmen zu handhaben sei. Umweltschutz verdiene Fürsprecher, aber das Verbandsbeschwerderecht dürfe nicht missbraucht werden, um einseitig ideologische Interessen durchzusetzen oder um den beschwerdeberechtigten Verbänden zu finanziellen Mitteln zu verhelfen.

Steuern und Abgaben preistreibend

(vdew) Die Strompreise für die mittelständische deutsche Industrie sind 2004 trotz wachsender staatlicher Belastungen rund fünf Prozent günstiger als 1998 zu Beginn des Wettbewerbs. Der Wettbewerb im Strommarkt habe für kleine und mittlere Betriebe anfangs Preisnachlässe von 35% gebracht. Ab 2001, so der VDEW, wirkten dann steigende Brennstoffkosten sowie die Verzehnfachung von Steuern und Abgaben preistreibend.

Klage gegen Emissionshandel

(ed) Das Land Sachsen-Anhalt will vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz über den Emissionshandel klagen. Das Magdeburger Landeswirtschaftsministerium bereitet dazu eine Klage vor. Der 2005 europaweit anlaufende Handel belaste besonders die ostdeutsche Wirtschaft, so das Ministerium, die in den neuen Ländern seit 1990 erbrachten Vorleistungen zur Schadstoffminderung wie in der Chemie- und Zementindustrie sowie in der Energiewirtschaft blieben unberücksichtigt. Das Ministerium stützt sich auf ein Rechtsgutachten, nach dem es bei der Erstvergabe von Emissionszertifikaten eine unberechtigte Ungleichbehandlung von Unternehmen gibt.



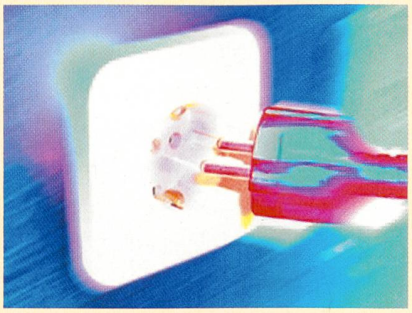
Die Entlastung der Atmosphäre belastet die Wirtschaft.

Herkunft des Stroms wird künftig deklariert

(uvek) Der Bundesrat hat am 10. November die Änderung der Energieverordnung (EnV) verabschiedet. Ab 2006 werden Konsumentinnen und Konsumenten auf ihren Stromrechnungen transparente Informationen über Art und Herkunft des von ihnen bezogenen Stroms erhalten. Weiter enthält die revidierte EnV Bestimmungen für eine gerechtere Verteilung der Mehrkosten aus der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien. Dank der Einführung neuer Energieeffizienz-Klassen können Käuferinnen und Käufer besonders gute Haushaltskühlgeräte mittels «energieEtikette» wieder auf einen Blick identifizieren. Die revidierte Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die primären Ziele der Stromkennzeichnung sind der Schutz und die transparente Information der Konsumentinnen und Konsumenten. Sie können ab 2006 auf ihren Stromrechnungen neben Angaben zum Stromverbrauch und Preis auch ablesen, ob der Strom mit Wasserkraft, Kernenergie, Wind, Sonne, usw. produziert wurde. Die Stromkonsumentinnen und -konsumenten erhalten damit eine wichtige Entscheidungshilfe für die Wahl eines bestimmten Stromprodukts in die Hand. In einem zukünftigen offenen Markt, wie er im Entwurf des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (StromVG) vorgezeichnet ist, werden Wahlfreiheit und transparente Information eine zentrale Bedeutung erhalten.

Artikel 7 des Energiegesetzes verpflichtet die Energieversorgungsunternehmen (EVU) dazu, den von unabhängigen Produzenten aus erneuerbaren Energien gewonnenen Strom abzunehmen. Die EVU werden dadurch mit Mehrkosten belastet, die sich aus der Differenz zwischen dem garantierten Abnahmepreis von durchschnittlich 15 Rappen pro Kilowattstunde und dem marktorientierten Bezugspreis ergeben. Die Revision der Energieverordnung schafft nun einen neuen Finanzierungsmechanismus für diese Mehrkosten.



Informationen über Art und Herkunft des Stroms.

Informations sur la nature et l'origine du courant.

L'origine du courant sera déclarée

(detec) Le Conseil fédéral a approuvé la modification de l'ordonnance sur l'énergie (OEne). A partir de 2006, les consommateurs et consommatrices trouveront sur leur facture d'électricité des informations claires sur la nature et l'origine du courant qu'ils auront consommé. En outre, l'ordonnance révisée contient des dispositions permettant une répartition plus juste du surcoût engendré par l'injection dans le réseau de courant issu d'énergies renouvelables. Par ailleurs, les acheteurs et acheteuses d'appareils de réfrigération à usage ménager pourront à nouveau repérer les meilleurs produits d'un seul coup d'œil sur leur étiquette-énergie grâce à l'introduction de nouvelles classes d'efficacité énergétique. La version révisée de l'ordonnance entrera en vigueur au 1er janvier 2005.